

Mensch und Staat. Erfahrungs- und kommunikationsgeschichtliche Perspektiven

Einführung

Arthur Schlegelmilch

Mit dem Thema „Mensch und Staat. Erfahrungs- und kommunikationsgeschichtliche Perspektiven“, zu dem das Institut für Geschichte und Biographie der FernUniversität in Hagen am 19. und 20. September 2014 eine Tagung durchführte, deren Beiträge im Folgenden veröffentlicht werden, wird in mancherlei Hinsicht Neuland betreten. Dies betrifft einerseits die Ebene des politischen Kulturvergleichs von drei Staaten, Bundesrepublik, DDR und Österreich, die sich am Ende des Zweiten Weltkriegs unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen in verschiedenartiger Weise politisch neu formierten – auf gegenseitige Abgrenzung bedacht, aber doch auch aufeinander bezogen. Es betrifft zum Zweiten die Perspektive der Wahrnehmung und Verarbeitung staatlichen Daseins durch die Bevölkerung, die hier auf die Formel „Mensch und Staat“ gebracht wird. Eine Engführung im Sinne der Reduktion auf die Tätigkeiten administrativer und politischer Funktionsträger bzw. auf staatsbürgerliches Handeln formellen Charakters soll auf diese Weise vermieden werden. Die anthropologische Titelkomponente versteht sich zudem als Hinweis, dass sich Politik nicht nur (und vielleicht nicht einmal primär) aus kognitiven und rationalen, sondern auch aus mentalen und emotionalen Quellen speist. Die Reihenfolge der Substantive „Mensch“ und „Staat“ zeigt schließlich an, dass politisches Verhalten zunächst als originäre und eigenständige Disposition von Individuen und Gruppen und allenfalls in zweiter Hinsicht als Funktion staatlichen Handelns und Auftretens verstanden werden soll (Vgl. Budde/Conze/Rauh 2010: 11).

Die traditionelle Politische Kulturforschung verfolgt erklärtermaßen das Ziel, das „Verteilungsmuster aller Orientierungen einer Bevölkerung gegenüber dem politischen System, seinen Institutionen und Akteuren“ ausfindig zu machen (Greiffenhagen 2000: 493). Hierzu haben beispielsweise die politisch-soziale Milieuforschung von M. Rainer Lepsius sowie die – über die Tradition der Civic-Culture-Forschung hinausweisende – qualitative politische Kulturforschung Karl Rohes bahnbrechende Erkenntnisse beigetragen (Lepsius 1966; Rohe 1990). Wie neue Ansätze im Bereich der Wahlforschung zeigen, sind auf diesem Feld indes noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Begreift man nämlich Politik zu einem Gutteil als Kommunikations- und Vertrauensverhältnis und versteht man unter Vertrauen einen eher affektiven denn kognitiven Orientierungsmodus, dann haben Wahlen vor allem die Funktion, Vertrauensverhältnisse zu verlängern oder zu kündigen (Jackob 2007: 14). Dementsprechend werden Wahlkampf und Wahlausgang sowie die mit ihnen verbundenen Politikfelder nie ausschließlich und wohl nicht einmal überwiegend rational gesteuert.

Solches gilt vielleicht in stärkerem Maße für Demokratien (Vergl. Mergel 2010) als für autoritär und diktatorisch strukturierte Regime, aber auch in Bezug auf letztere ist festzustellen, dass auf die Inszenierung und Pflege eines Vertrauensverhältnisses zwischen unten und oben nicht verzichtet werden kann. Hier wie dort bedient man sich der emotionalen Dimension des Politischen, und es werden die bewährten Mechanismen der Personalisierung und der Familialisierung der politischen Kommunikation angewandt. Nahezu jeden Grad der Trivialisierung nimmt man dafür in Kauf, meist sekundiert und verstärkt durch die freiwillige oder gesteuerte Mitwirkung der Medien (Hodenberg 2006: 145 ff.).¹ In welchem Verhältnis derartige „weiche“ Legitimierungsmuster zur leistungsbezogenen Output-Legitimität (regierungs-)politischen Handelns stehen, stellt dabei ein wichtiges, bisher zu wenig beachtetes Untersuchungsfeld dar (Schmidt 2012: 97 ff.).

Die Neue Politikgeschichte (Kulturgeschichte des Politischen) befasst sich seit Längerem mit der Dimension der Selbstinszenierung des Staats und seiner Exponenten (Paulmann 2000), kaum dagegen mit Fragen der Wahrnehmung und Verarbeitung staatlicher „Theatralität“. Neue und interessante Impulse liefert hier namentlich die Historikerin Ute Frevert mit dem von ihr geleiteten Forschungsbereich „Geschichte der Gefühle“ bzw. dem Forschungsfeld „Emotionen und Macht“.² Gestützt auf neurowissenschaftliche Erkenntnisse, versteht Frevert politisches Verhalten als Wechselwirkung zwischen Fühlen und Denken, zwischen *cognition* und *emotion*, kurz als: „cogmotion“. „Gefühle machen Geschichte“ und „Gefühle haben Geschichte“ lautet ihr Ansatz (Frevert 2009: 189 f.). Dementsprechend interessiert sie sich neben begriffsgeschichtlichen Fragen für alle Objektivationen, die auf subjektive Prozesse der Sinndeutung verweisen, namentlich Sprache und Sprachformen, bildhafte Vorstellungen, Gesten, Habitus usw. (Frevert 2005: 20 f.). Politische Kultur versteht sich aus diesem Blickwinkel als der „mit Sinnbezügen gefüllte politische Denk-, Handlungs- und Diskursrahmen“ einer Gesellschaft; von politischem Verhalten wird dort ausgegangen, wo es „um die Begründung, Verteidigung und Ablehnung ungleicher sozialer Beziehungen geht.“

Die Bedeutung des Staats als normative und institutionelle Rahmungsinstanz politischen Verhaltens sowie als Akteur und Weichensteller wird auch im Rahmen dieses relativ weit gefassten Politikbegriffs ausdrücklich betont (Frevert 2005: 23). Dabei ist freilich zu bedenken, dass der Staatsbegriff nicht eindeutig konturiert werden kann, wenn lediglich die subjektive Wahrnehmungsperspektive und nicht normative und institutionelle Kriterien zu Grunde gelegt werden. Man wird hier also tendenziell von einem empirischen Staats- und Verfassungsbegriff im Sinne von – dynamisch verstandener – „gültiger Ordnung“ auszugehen und zu klären haben, welche Inhalte jeweils damit verbunden werden (Cutworth/Hall/McGovern 2007).

Die Befassung mit den subjektiven Orientierungen der Individuen und Gruppen gegenüber dem Politischen und dem Staatlichen steht vor der Herausforderung einer schwer überblickbaren Quellenlage. Zudem fehlt es an einer optimierten Hermeneutik, die der enormen Komplexität politischen Fühlens, Denkens und Verhaltens Rechnung trägt und dementsprechend interdisziplinär ausgerichtet ist. Positiv stimmt wie-

1 Beispielhaft das Kapitel über Adenauers „Politik der Mediensteuerung“.

2 <https://www.mpiib-berlin.mpg.de/de/forschung/geschichte-der-gefuehle/projekte/emotionen-und-macht> (zuletzt besucht am 15.10.2015).

derum, dass viele Fächer und Fachgebiete über geeignete Ansätze verfügen und Kooperationsmöglichkeiten eröffnen – so beispielsweise die Kulturanthropologie bzw. Ethnologie (Schmidt-Lauber 2010), die Politische und Historische Anthropologie (Thomassen 2008; Szokolczai 2008; Horvath 2008), die Politische Psychologie (Shepherd 2006),³ die Politische Soziologie (Nash 2010), die Emotionssoziologie (Schützeichel 2006), die politische Literaturwissenschaft (Narratologie) (Schwarz-Friesel 2007), die Biographieforschung, Oral History und Erfahrungsgeschichte (Jüttemann/Thomae 1998) oder die Diskurs- und Performanzforschung (Füssl/Neu 2014; Patzold/Martschukat 2003).⁴

Bei der Analyse des Mensch-Staat-Verhältnisses kann ferner auf Ansätze und Ergebnisse der Identitätsforschung zurückgegriffen werden. Dies gilt sowohl für die Untersuchung von politischer Identitätsbildung im institutionellen Begegnungsfeld als auch in einem allgemeineren Sinne im Hinblick auf soziale Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit bzw. Abgrenzung und Interaktion. Von hier ausgehend kann in einem nächsten Schritt nach der Zusammensetzung und Ausprägung identitätsstiftender Komponenten vor dem Hintergrund unterschiedlicher staatlicher und gesellschaftlicher Formationen gesucht werden. Es sollte dabei nicht von einem normativen Identitätsbegriff ausgegangen, sondern mit einzelnen Identitätskategorien möglichst ergebnisoffen gearbeitet werden (Kaina 2013).

Als weiteres Feld interdisziplinärer Kooperation sei auf die historische Psychoanalyse verwiesen, für die sich der Bochumer Sozial- und Kulturpsychologe Jürgen Straub besonders einsetzt. Straub schlägt vor, den vordergründigen kognitiven Handlungen historischer Akteure und ihrer Anhänger auf den Grund zu gehen, indem auch deren unterbewusste Bestimmungsgründe (zum Beispiel Narzissmus, Scham, Ehrgeiz, Neid) herausgearbeitet werden. Mit den gewonnenen Erkenntnissen könnten dann sowohl die Geschichtswissenschaft als auch die Psychologie arbeiten, beide würden in die Lage versetzt, sich neues Forschungsterrain zu erschließen und von den Kompetenzen ihres Kooperationspartners zu profitieren. Allerdings liegen beide Disziplinen methodisch recht weit auseinander, und es bedarf einer gewissen Einarbeitung und Schulung im Partnerfach – ein möglicher Grund für die bisher noch recht spärlichen Ergebnisse aus dieser Richtung (Straub 1998: 25, 27; Ciompi/Endert 2011: 9). Die genannten Forschungsansätze korrespondieren zum Teil mit bereits etablierten Analysekonzepten politischen und staatsbürgerlichen Verhaltens. Hierzu zählt das Modell der Zivilgesellschaft, das einerseits zwischen Staat und Gesellschaft klar unterscheidet, andererseits deren Aufeinanderbezogenheit nicht verkennt. (Kocka 2004: 35).⁵ Ferner bezieht es Kategorien wie Solidarität, Vertrauen, Empathie und Gemeinschaftssinn ein und verortet sich damit näher beim Menschen als sozialem Handlungs-

3 Einen einführenden Überblick über die – von der deutschen politischen Psychologie zu unterscheidenden und besser etablierte – angelsächsische Spielart bietet Linda Shepherd 2006; Ein recht aktuelles Plädoyer samt Überblick für den deutschen Diskurs über eine Verknüpfung von Psychologie, Psychoanalyse und (Zeit-)Geschichte findet sich unter: http://docupedia.de/zg/Zeitgeschichte_Psychologie_und_Psychoanalyse (zuletzt besucht am 15.10.2015). Siehe ferner: Sears u.a. 2003; Cottam u.a. 2010.

4 Vgl. die auf Foucault aufbauenden zwischenbilanzierenden und weiterführenden Hinweise bei Füssl/Neu 2014; Patzold/Martschukat 2003.

5 Zu den weltanschaulich begründeten konzeptionellen Unterschieden vgl. Kocka (2004: 35): „Liberalen, kommunitaristischen und sozialdemokratischen Konzepte der Zivilgesellschaft unterscheiden sich in der Art, wie sie das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat bestimmen.“

träger denn beim Staatsbürger als auf den Staat bezogenen oder von ihm abgeleiteten Akteur (Fahrmeier 2008:643).⁶ Auch hat die „Mikrowelt der Individuen“ als unverzichtbarer Bestandteil des Zivilgesellschaftsmodells zu gelten, wäre doch ohne sie die Gestaltung und das Funktionieren der umgebenden sozialen und politischen Systeme nicht hinreichend zu verstehen (Hardtwig 2011: 204 ff.). – Eng mit dem Modell der Zivilgesellschaft verknüpft ist das *Citizenship*- oder Staatsbürgermodell. Hier steht die subjektive Orientierung des Einzelnen gegenüber dem Staat im Vordergrund, die, gemäß gängiger Kriterien der Politik- und Sozialwissenschaft, von aktiver Teilhabe bis hin zu Indifferenz oder gar kategorischer Ablehnung reichen kann (Janoski/Gran 2002; Saldern 2008; Leydet 2014). Dass beide Konzepte, Zivilgesellschaft wie *Citizenship*, normativ aufgeladen sind, zeigt stellvertretend das von Dieter Gosewinkel vorgeschlagene Untersuchungsparadigma der „Zivilität“ mit seinen bürgerlich-liberalen Kernelementen der Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols, des Primats des Rechts, der politischen Selbstbestimmtheit des Individuums, der Sittlichkeit, Toleranz und Höflichkeit (Gosewinkel 2010: 236; Kibler 2007: 236).

Vielversprechende Anschlussmöglichkeiten bietet das mentalitätsgeschichtlich verankerte Konzept der „*Emotional Community*“, das soziale Gruppen und Institutionen durch gemeinsame „Gefühlssysteme“ verbunden sieht (Frevert 2009: 198; zur Herkunft der Terminologie: Rosenwein 2010). Solcherart Gemeinschaften leben von Praktiken und Ritualen; emotionale Bezüge, interne Strukturen und Interaktionen sind für sie von herausragender Bedeutung. Dementsprechend problematisch gestaltet sich der Versuch, sie „von oben“ respektive von Staats wegen zu konstruieren. Als diesbezügliches Beispiel aus DDR-Zeiten sei beispielhaft auf das Konstrukt der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ verwiesen, das in den letzten Jahren der Regierung Ulbricht mit großem Nachdruck propagiert wurde und offenbar darauf zielte, den beim „Aufbau des Sozialismus“ aufgetretenen emotionalen Defiziten zu begegnen. Ein ähnliches Anliegen verfolgte man zeitweise in der alten Bundesrepublik mit der Idee, in der Bevölkerung verfassungspatriotische Einstellungen zu verankern und an die Stelle verloren gegangener respektive unerwünschter Verbundenheitsgefühle treten zu lassen. In beiden Fällen gelang es nicht, die angestrebte mentale Grundierung und identitätsbildende Wirkung zu erzeugen (Hacke 2009: 69 ff.; Schlegelmilch 2014).

Ein weiterer aussichtsreicher analytischer Zugang bezieht sich auf die Ebene der staatlichen Selbstpräsentation und der von ihr ausgehenden Identifikations- und Interaktionsangebote. Dabei ist zu beachten, dass Artikulationen und Performanzen des öffentlichen Raums das Potenzial haben, weit in die private Sphäre hineinzuwirken – beispielsweise über den Lebensstil, den Habitus und die gesprochene und geschriebene Sprache (Hardtwig 2011: 204 ff.). Im besten Fall ergeben sich Indizienketten, die es erlauben, einzuschätzen, wie eng oder wie distanziert sich das Verhältnis zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Ebene in einer bestimmten zeitlichen Periode gestaltet hat. Von hier aus können dann wiederum Übergänge zu spezifischen Forschungsthemen hergestellt werden – selbstverständlich stets unter Berücksichtigung des histo-

6 Dies gilt für das ältere *Citizenship*-Modell nach T.H. Marshall. Das Staatsbürgerschafts- oder *Citizenship*-Modell begreift das Individuum vor allem als Rechtssubjekt, das seinen Handlungsspielraum als Staatsbürger fortwährend verteidigt und ausbaut. Allerdings ist die Trennschärfe zwischen beiden Modellen nicht immer eindeutig auszumachen – beide verstehen ihr Konzept als Korrektiv gegenüber staatlichen Zugriffs- und Reglementierungsbestrebungen. Vgl. dazu: Fahrmeier (2008).

rischen Kontextes, der den politischen oder unpolitischen Charakter menschlicher Verhaltensweisen und Artikulationsformen seinerseits maßgeblich determiniert und zur Folge haben kann, dass das, was im einen Fall unpolitisch und privat erscheint, unter anderen Systembedingungen hochgradig politisch wahrgenommen und behandelt wird (Davis 2008: 177 f.).

Die in diesem Heft versammelten Beiträge sind in erster Linie an der Frage des empirischen Zugangs im Sinne des Aufsuchens substantieller Objektivationen des Mensch-Staat-Verhältnisses orientiert. Herausgekommen ist ein Themenspektrum, das sich zum einen auf lebensgeschichtliche Erfahrungswerte im Zusammenhang mit staatlichen Institutionen bezieht, zum anderen auf Sachprobleme abhebt, die sowohl der Mensch-Staat-Perspektive als auch dem Drei-Staaten-Vergleich dienlich sein können. Ferner wurde versucht, institutionelle, soziale und diskursive Praktiken zu berücksichtigen und namentlich dem für alle sozialen und politischen Beziehungen grundlegenden Gesichtspunkt der Kommunikation gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Perspektiven lassen sich die folgenden Beiträge dahingehend zusammenfassen, dass die Adressaten von Erziehungs-, Disziplinierungs- und Steuerungsmaßnahmen der Herrschenden überwiegend „eigen-sinnig“ im Sinne individuell praktizierter Distanz und Aneignung reagierten.⁷ So zeigt der Beitrag von Christian Th. Müller, dass die militärische Kasernierung als „intensivste Form der staatlichen Indienstnahme“ statt des angestrebten Loyalitätszuwachses in erster Linie Entfremdungsgefühle und Glaubwürdigkeitsverluste gegenüber der militärischen und staatlichen Ordnung auslöste und zu einer Vielzahl von devianten Reaktionen und Verhaltensformen führte. „Eigen-Sinn“ zeigte sich auch im Hinblick auf staatliche Lenkungsmaßnahmen in den Bereichen der Jugend- und Kunstpolitik, die von einem großen Teil (vermutlich der Mehrheit) der Adressaten mehr oder weniger subtil uminterpretiert und neu gestaltet wurden. In diesem Sinne schildert Emmanuel Droit in seiner Studie zur Rezeption der „Jugendweihe“ in der DDR einen Prozess der „privaten Wiederaneignung“ und damit der weltanschaulichen und politischen Entwertung eines ursprünglich hochambitionierten staatlichen Erziehungsinstruments.

Auf Bestrebungen und Phänomene der staatlichen Vereinnahmung des Heimatbegriffs beziehen sich die Beiträge von Johanna Gehmacher und Arthur Schlegelmilch. Sowohl für den österreichischen als auch den ostdeutschen Fall kann demnach festgestellt werden, dass es bis zu einem gewissen Grad gelungen ist, die erwünschte emotionale Bindung der Bevölkerung an den Staat herbeizuführen und damit zum einen das Konstrukt der „Nation Österreich“, zum anderen dasjenige der „sozialistischen Nation“ gefühlsmäßig zu untermauern. Während der Prozess der nationalisierenden Identitätsbildung bzw. der Verknüpfung von Heimat-, Staats- und Nationsbewusstsein für Österreich insgesamt erfolgreich verlief, konnte in der DDR die Lücke zwischen „kleiner“ und „großer“ Heimat indes nicht dauerhaft geschlossen werden. Als Leitungs- und Planungsaufgabe der zentralen Instanzen ließ sich die notwendige emotionale Verankerung der sozialistischen Heimat nicht nur nicht umsetzen, sondern es vollzog sich im Laufe der achtziger Jahre sogar eine Prioritätenumkehr zugunsten lokaler und regionaler Heimatbezüge und damit die Wiederkehr des traditionellen Heimatbegriffs.

7 Im Sinne von Lüdtko 1991.

Die herausragende Bedeutung des Konsums als Legitimierungs- und Delegitimierungsfaktor politischer und gesellschaftlicher Ordnung wird in den Beiträgen von Oliver Kühschelm und Manuel Schramm deutlich.⁸ Offenbar handelte es sich hier um *den* entscheidenden Hebel, mit dem Ende 1989 die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung – entgegen der Ziele der Oppositions- und Bürgerrechtsbewegung – für die schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten und damit für die Aufgabe der DDR gewonnen werden konnte. Das „Staatsvolk der kleinen Leute“ erhielt damit die Möglichkeit der Verwandlung zur Gesellschaft der *citizen-consumer*, deren Werden Oliver Kühschelm für die zweite Republik Österreich im Sinne einer immer enger werdenden Symbiose von Staat und Konsum beschreibt. Wie sehr Versorgungsangebote materieller und kultureller Art geeignet sind, Loyalität zu schaffen und zu bewahren, legt Steffen Otte in seinem Beitrag über „Rentner im Arbeiter- und Bauernstaat“ dar. Indem die „Volkseigenen Betriebe“ Verantwortung für ihre „Veteranen“ an den Tag legten, bildete sich ein arbeitsgesellschaftliches Verbundenheitsgefühl aus, das sich freilich stärker auf den Betrieb als auf Gewerkschaft, Partei oder Staat bezog.

Direkte politische Kommunikation zwischen breiten Bevölkerungskreisen und staatlicher Führungsebene stellt in der repräsentativen Demokratie einen Sonderfall dar, der in der zeitgeschichtlichen Forschung nur wenig Beachtung gefunden hat. Eine Ausnahme bildet hier Michaela Fenskes Untersuchung über „Briefe aus der Bevölkerung an Politiker und politische Institutionen nach 1950“.⁹ Sie belegt überzeugend, dass sich im Laufe der Zeit nicht nur das Themenspektrum der „Bürgerbriefe“ veränderte, sondern sich auch ein selbstbewussteres, staatsbürgerlich-demokratisches Auftreten der Briefe schreibenden Bürger Bahn brach. Mit seiner Untersuchung von Schüleraufsätzen der neunzehnhundertfünfziger Jahre macht Dennis Möbus demgegenüber darauf aufmerksam, dass die Rezeption demokratischer und pluralistischer Wertvorstellungen an den Schulen der „Adenauer-Republik“ nur mühsam in Gang kam und sich zunächst viele retardierende Tendenzen zeigten. Der Verfasser stellt aber auch erste Ansätze demokratischer Bewusstseinsbildung fest, so dass Michaela Fenskes These einer voranschreitenden positiven Integration der Bevölkerung in das politische System der Bundesrepublik durch die Befunde aus den Schüleraufsätzen keineswegs konterkariert wird.

Genau so wenig wie die enorme Steigerung der Jugendweizeahlen lässt sich das bemerkenswert große Interesse der DDR-Bevölkerung an zeitgenössischer Kunst und Literatur als konsensdiktatorischer Erziehungserfolg oder auch nur als Nachweis funktionierender Kommunikation deuten. Vielmehr handelte es sich um die Bestätigung eines eigenständigen und eigen-sinnigen Kunstschaffens, das, wie Paul Kaiser ausführt, an der Herausbildung einer „zweiten“, staatsdistanzierten Gesellschaft maßgeblichen Anteil hatte. Sicherlich waren die Rahmenbedingungen für derartige Positionierungen und Vernetzungen unterschiedlich, doch lässt Frank Hagers Beitrag über Hermann Henselmanns „listiges“ architektonisches Schaffen in der Periode des „nationalen Bauens“ an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts erahnen, dass es selbst in

8 Dies gilt ähnlich für den auf der Tagung präsentierten, im vorliegenden Band leider nicht abgedruckten Beitrag von Kaspar Maase zum Thema „Die Freiheit, gut einzukaufen. Zum historischen Zusammenhang von Konsumkultur und Demokratieverständnis“.

9 Dies gilt auch für den auf der Tagung präsentierten, im vorliegenden Band leider nicht abgedruckten Beitrag von Peter Becker zum Thema: „... der Beamte im Dienst hat – so wie der Papst in Glaubensfragen – immer recht“. Die Ehre der Verwaltung und der Unmut der Bürger in der Zweiten Republik“.

ideologisch aufgeladenen Zeiten und an eben solchen Orten Spielräume gab, deren Grenzen von einzelnen Protagonisten couragiert ausgelotet wurden.

LITERATUR

- Budde, Gunilla, Eckart Conze und Cornelia Rauh (2010): Einleitung: Bürgertum und Bürgerlichkeit nach 1945, in: Dies. (Hg.): Bürgertum nach dem bürgerlichen Zeitalter. Leitbilder und Praxis seit 1945, Göttingen, 7-25.
- Ciampi, Luc und Elke Endert (2011): Gefühle machen Geschichte. Die Wirkung kollektiver Emotionen von Hitler bis Obama, Göttingen u.a.
- Cottam, Martha L., Beth Dietz-Uhler, Elena Mastors und Thomas Preston (2010): Introduction to Political Psychology, 2nd ed., New York.
- Cudworth, Erika, Timothy Hall und John McGovern (2007): The Modern State. Theories and Ideologies, Edinburgh.
- Davis, Belinda (2008): Das Private ist politisch. Geschlecht, Politik und Protest in der neuen deutschen Geschichte, in: Karen Hagemann und Jean H. Quataert (Hg.): Geschichte und Geschlechter. Revisionen der neueren deutschen Geschichte, Frankfurt/M. u.a., 155-180.
- Fahrmeier, Andreas (2008): Die moderne Staatsbürgerschaft und ihre Grenzen. Anmerkungen zu T. H. Marshalls „citizenship“-Konzept, in: Historische Zeitschrift 286, 641-655.
- Frevert, Ute (2009): Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?, in: Geschichte und Gesellschaft, 35, 183-208. <http://dx.doi.org/10.13109/gege.2009.35.2.183>
- Frevert, Ute (2005): Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen, in: Dies. und Heinz Gerhard-Haupt (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a.M., 7-26.
- Füssl, Marian und Tim Neu (2014): Diskursforschung in der Geschichtswissenschaft, in: Johannes Angermüller u.a. (Hg.): Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Bielefeld, 145-161. <http://dx.doi.org/10.14361/transcript.9783839427224.145>
- Gosewinkel, Dieter (2010): Zivilgesellschaft, Bürgerlichkeit, Zivilität? Konzeptionelle Überlegungen zur Deutung deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert, in: Gunilla Budde, Eckart Conze und Cornelia Rauh (Hg.): Bürgertum nach dem bürgerlichen Zeitalter. Leitbilder und Praxis seit 1945, Göttingen, 29-52.
- Greiffenhagen, Sylvia (2000): Politische Kultur, in: Uwe Andersen und Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des Politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.
- Hacke, Jens (2009): Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung, Hamburg.
- Hardtwig, Wolfgang (2011): Politische Kulturgeschichte Deutschlands 1900-1945, in: Ders.: Politische Kultur der Moderne. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen, 203-212.
- Hodenberg, Christina (2006): Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973. Göttingen.
- Horvath, Agnes (2008): What Kind of Political Anthropology? Turning Iconoclasm into Golden Age, in: International Political Anthropology, Vol. 1, No. 2, 255-261.
- Jacob, Nikolaus (2007): Wahlkampfkommunikation als Vertrauenswerbung, in: Ders. (Hg.): Wahlkämpfe in Deutschland. Fallstudien zur Wahlkommunikation (1912-2005), Wiesbaden, 11-33.
- Janoski, Thomas und Brian Gran (2002): Political Citizenship: Foundations of Rights, in: Engin F. Isin und Bryan S. Turner (Hg.): Handbook of Citizenship Studies, Thousand Oaks, 13-52. <http://dx.doi.org/10.4135/9781848608276.n2>
- Jüttemann, Gerd und Hans Thomae (Hg.) (1998): Biographische Methoden in den Humanwissenschaften, Weinheim.
- Kaina, Viktoria (2013): Europäische Identität aus politikwissenschaftlicher Analyseperspektive – Forschungsstand und Desiderata, in: Volker Hinnenkamp und Hans-Wolfgang Platzer (Hg.): Interkulturalität und europäische Integration, Stuttgart, 97-125.

- Kißler, Leo (2007) Politische Soziologie, Konstanz.
- Kocka, Jürgen (2004): Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: Ralph Jessen (Hg.): Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden, 29-42. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-80962-9_2
- Lepsius, Mario Rainer (1966): Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart, 371-393.
- Leydet, Dominique (Spring 2014 Edition): „Citizenship“, Edward N. Zalta (ed.): The Stanford Encyclopedia of Philosophy, <http://plato.stanford.edu/archives/spr2014/entries/citizenship/> (letzter Besuch am 28.1.2015).
- Lüdtkke, Alf (1991): Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: Ders. (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 91), Göttingen 1991, 9-63.
- Mergel, Thomas (2010): Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfs in der Bundesrepublik 1949-1990, Göttingen.
- Nash, Kate (2010): Contemporary Political Sociology. Globalization, Politics and Power, Hoboken.
- Patzold, Steffen und Jürgen Martschukat (2003): Geschichtswissenschaft und ‚performative turn‘. Eine Einführung in Fragestellungen, Konzepte und Literatur, in: Dies. (Hg.): Geschichtswissenschaft und ‚performative turn‘. Ritual, Inszenierung, Performanz vom Mittelalter bis zur Neuzeit, Köln u.a., 1-31.
- Paulmann, Johannes (2000): Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg, Paderborn.
- Rohe, Karl (1990): Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift, 250 H. 2., 321-346.
- Rosenwein, Barbara H. (2010): The political uses of an emotional community. Cluny and its neighbours, in: Damien Boquet (Hg.): Politiques des émotions au moyen âge, Florenz, 205-224.
- Saldern, Adelheid von (2008): Citizenship in Twentieth-Century German History: Chances and Challenges of a Concept, in: Geoff Eley und Jan Palmowski (Hg.): Citizenship and National Identity in Twentieth-Century Germany, Stanford, 198-213.
- Sears, David O., Leonie Huddy und Robert Jervis (2003): Oxford handbook of Political Psychology, Oxford.
- Schlegelmilch, Arthur (2014): Die DDR als „sozialistische (Menschen-)Gemeinschaft“? Anmerkungen zu einigen Erscheinungsformen und Wirkungen politischer Semantik im Realsozialismus, in: Werner Daum u.a. (Hg.): Politische Bewegung und symbolische Ordnung. Festschrift für Peter Brandt, Bonn, 91-110.
- Schmidt, Manfred G. (2012): Legitimation durch Performanz? Zur Output-Legitimität in Autokratien, in: Totalitarismus und Demokratie, 9 H. 1, 83-100. <http://dx.doi.org/10.13109/tode.2012.9.1.83>
- Schmidt-Lauber, Brigitta (2010): Der Alltag und die Alltagskulturwissenschaft. Einige Gedanken über einen Begriff und ein Fach, in: Michaela Fenske (Hg.): Alltag als Politik – Politik im Alltag. Dimensionen des Politischen in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Lesebuch für Carola Lipp, Berlin, 45-61.
- Schützeichel, Rainer (Hg.) (2006): „Emotionen und Sozialtheorie“, Frankfurt a.M.
- Schwarz-Friesel, Monika (2007): Sprache und Emotion, Tübingen.
- Shepherd, Linda (2006): Political Psychology. Opladen und Farmington Hills.
- Straub, Jürgen (1998): Psychoanalyse, Geschichte und Geschichtswissenschaft. Eine Einführung in systematischer Absicht, in: Jörn Rüsen und Jürgen Straub (Hg.): Die dunkle Spur der Vergangenheit. Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewußtsein. Erinnerung, Geschichte, Identität [2], Frankfurt a.M., 12-32.

- Szakolczai, Arpad (2008): What kind of Political Anthropology? An external insider View, in: International Political Anthropology, Vol. 1, No. 2, 275-282.
- Thomassen, Björn (2008): Anthropology and the Political. What happened to Politics?, in: International Political Anthropology, Vol. 1, No. 2, 263-274.